

**Stellungnahme des Landesverbands Schulpsychologie NRW – Anhörung zum Antrag der Fraktion der SPD „Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen verbessern – Handlungsempfehlungen des Kindergesundheitsberichts 2024 zügig umsetzen“ (Drucksache 18/12571)**

Auch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen nehmen in ihrer täglichen Arbeit eine deutliche Zunahme von Angstproblematiken, wie sozialen Phobien und Prüfungsängsten, von Depressionen und anderen psychischen Belastungen und Erkrankungen in allen Altersgruppen wahr. Diese gehen oftmals mit schulvermeidendem Verhalten einher. Gleichzeitig beobachten Schulpsychologinnen und Schulpsychologen eine Zunahme aggressiver Verhaltensweisen und von Konflikten auf allen Ebenen des schulischen Lebens – zwischen Schülerinnen und Schülern untereinander, zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften als auch zwischen Eltern und Lehrkräften. Zudem sehen sich Schulen vermehrt mit akuten Krisensituationen konfrontiert, wie beispielsweise suizidalen Krisen, (Cyber-)Mobbing, Gewalttaten und sexuellen Übergriffen. Angesichts dieser Entwicklungen benötigen die an Schule tätigen Personen dringend professionelle Unterstützung in den Bereichen Gewaltprävention und Intervention, Krisenbewältigung und Konfliktmoderation.

Schulpsychologinnen und Schulpsychologen arbeiten in NRW auf verschiedenen Ebenen im Kontext seelischer Belastungen und Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen

- Beratung von betroffenen Schülerinnen und Schülern und ihren Bezugspersonen auf der Einzelfallebene mit Blick auf die Situation Schule
- Beratung von Lehrkräften und schulischem Personal zur Professionalisierung und Bewältigung von besonderen Herausforderungen im Umgang mit betroffenen Kindern und Jugendlichen
- Beratung von Schulleitung, Steuergruppen, Projektgruppen und schulischen Teams für Beratung, Gewaltprävention und Krisenintervention zur Weiterentwicklung von Schule

Schulpsychologinnen und Schulpsychologen arbeiten in NRW in externen Beratungsstellen. Gerne nehmen wir aus dieser Perspektive und mit unserem umfassenden Erfahrungswissen Stellung zum Beratungsgegenstand und den Forderungen:

**Mehr Stellen und finanzielle Ressourcen für Schulpsychologie und Schulsozialarbeit, um eine ausreichende Versorgung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.**

Der personelle Ausbau der Schulpsychologie als wichtiges schulisches Unterstützungssystem ist unbedingt zu begrüßen, da sowohl die quantitativen und qualitativen Anforderungen als auch die thematische Vielfalt (z.B. Schulabsentismus, verschiedene Formen seelischer Erkrankung, Extremismus, neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler, Begleitung von Schulentwicklungsprozessen) deutlich zugenommen haben.

Allerdings benötigt eine wirksame schulpsychologische Arbeit auch eine adäquate personelle Ausstattung des Personals vor Ort an den Schulen. Neben Lehrkräften ist hier vor allem auch die Schulsozialarbeit und qualifizierte Beratungslehrkräfte als Multiplikatoren besonders wichtig, um die schulpsychologische Expertise erfolgreich und langfristig auf der Ebene der Schulen umzusetzen.

Die in den vergangenen Jahren gewachsenen Strukturen und der deutliche Ausbau der Qualifizierungsangebote für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen durch die Landesstelle Schulpsychologie und schulpsychologisches Krisenmanagement NRW zeigen, wie viel bereits in die Schulpsychologie investiert wurde.

Die Zunahme von Problemlagen, die schulpsychologische Unterstützung erfordern, in Kombination mit unbesetzten Stellen vor allem im ländlichen Bereich führt dazu, dass einige Dienste ihre Kapazitätsgrenzen erreichen. Die Anfragen haben deutlich zugenommen – was vielerorts zu einer Verlängerung von Wartezeiten im Bereich der Einzelfallhilfe führt – und dies trotz des Ausbaus der Schulpsychologie. Um mehr qualifizierte Fachkräfte für die Schulpsychologie zu gewinnen, bedarf es gezielter Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Berufs der Schulpsychologin und des Schulpsychologen.

### **Evidenzbasierte Programme zur Förderung von Selbstregulationskompetenzen, wie Achtsamkeitstrainings, verhaltens- und kognitiv-verhaltensorientierte Ansätze sowie körperorientierte Ansätze an Schulen**

Programme zur Förderung der Resilienz und der psychischen Gesundheit stellen aus schulpsychologischer Sicht einen essenziellen Baustein der schulischen Prävention dar. Auch bei den Schülerinnen und Schülern selbst stößt diese Thematik mittlerweile auf großes Interesse und der Bedarf nimmt stetig zu.

Diese Programme benötigen jedoch eine hohe didaktische Qualität, eine einfache Durchführbarkeit für das Schulpersonal im Unterricht und eine fundierte wissenschaftliche Evaluation.

Die Implementierung solcher Programme in den Schulalltag hängt aktuell häufig vom individuellen Engagement und Interesse einzelner Schulleitungen und Lehrkräfte ab und ist mit erheblichen Hürden verbunden. Oftmals fehlt die notwendige Zeit, um entsprechende Programme adäquat in den Unterrichtsalltag zu integrieren. Die Einarbeitung, Vorbereitung und Umsetzung eines solchen Programms stellt für das bereits stark belastete Schulpersonal einen zusätzlichen Stressfaktor dar. Daher benötigen die Schulen für die Umsetzung ausreichend Zeit in der Stundentafel. Ein weiteres Zusatzthema zu den bereits bestehenden Belastungen und Verpflichtungen trägt weder zur psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen noch der des Schulpersonals bei.

Zudem besteht beim Schulpersonal häufig eine geringe Selbstwirksamkeitsüberzeugung bezüglich der Durchführung solcher Programme im Klassenverband. Viele fühlen sich fachlich nicht ausreichend aus- und fortgebildet und befürchten schwierige Situationen im Umgang mit dieser Thematik, denen sie sich nicht gewachsen fühlen. Eine grundlegende Voraussetzung für die erfolgreiche Implementierung von Programmen zur Förderung von Resilienz und psychischer Gesundheit ist daher eine umfassende Aus- und Weiterbildung des Schulpersonals in diesem Bereich, die Möglichkeit mit kleineren Lerngruppen zu diesem Thema zu arbeiten und Unterstützung durch (sozialpädagogische) Fachkräfte.

Aus schulpsychologischer Sicht ist zu betonen, dass ein Programm zur Förderung von Resilienz und psychischer Gesundheit lediglich ein Baustein einer umfassenden schulischen Präventionsstrategie sein kann. Aus diesem Grund ist ein allgemeines schulisches Präventionskonzept unerlässlich, das auch den Schul- und Unterrichtsalltag sowie verschiedene schulische Risiko- und Schutzfaktoren berücksichtigt. Bei der Forderung nach Programmen zur Förderung der seelischen Gesundheit sollte stets bedacht werden, dass damit nicht Defizite „repariert“ werden dürfen und können, die möglicherweise durch Faktoren innerhalb der Schule (durch Leistungsdruck, Mobbing, fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen) selbst verursacht werden.

### **Verankerung von Prävention und Vermittlung von Gesundheitskompetenz im Schulalltag und Fortbildungen für Lehrpersonal**

Die gesellschaftlichen und politischen Anforderungen und Aufgaben, die an das System Schule gestellt werden, wachsen kontinuierlich. Ein ohnehin bereits stark beanspruchtes System kann diese stetig steigenden Anforderungen auf Dauer in der jetzigen Struktur und Organisation nicht übernehmen. Sowohl das Schulpersonal als auch die Schülerinnen und Schüler werden damit überfordert. Anstatt immer neue Anforderungen und Erwartungen zu formulieren, ist eine dringende Entschlackung und Priorisierung notwendig. Eine grundlegende Diskussion über eine Entlastung der schulischen Aufgaben ist längst überfällig:



Welche Inhalte und Fähigkeiten sind in der heutigen und zukünftigen Zeit wirklich essenziell? Welche Schwerpunkte sind von zentraler Bedeutung? Wo können wir Entlastung schaffen?

Zudem stellt sich die Frage, wie dem bestehenden schulischen Leistungsdruck effektiv entgegengewirkt werden kann. Ansätze, Konzepte und Methoden des Lehrens und Lernens sowie der Überprüfung von Lernfortschritten, die primär auf Lernfreude und der intrinsischen Motivation zur Entdeckung von Lerninhalten basieren und weniger von Druck und Stress geprägt sind, existieren bereits. Allerdings finden diese häufig nur schwer ihren Weg in den schulischen Alltag. Hier wäre eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Praxis unerlässlich, um schrittweise neue Wege in der Bildungspolitik zu beschreiten, ohne dabei auf bewährte Ansätze zu verzichten.

Lehrkräfte und Schulpersonal sehen sich im schulischen Alltag zunehmend mit den Herausforderungen psychischer Belastungen und Erkrankungen sowie Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern konfrontiert. Dieser Themenbereich sollte daher in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Schulpersonal einen zentralen Schwerpunkt bilden, um Handlungssicherheit zu gewinnen und Berührungspunkte abzubauen. Der Fokus sollte neben dem notwendigen Hintergrundwissen unter anderem den alltäglichen Umgang, rollenklares Handeln, Abgrenzungs- und Kooperationsmöglichkeiten, schulbezogene Gelingensbedingungen sowie die Möglichkeiten der schulischen Prävention umfassen. Die Universitäten und Studienseminare sind daher in den Prozess aktiv miteinzubinden.

Darüber hinaus ist eine kritische Auseinandersetzung mit den schulrechtlichen Bestimmungen und deren Kommunikation in die Schulen notwendig. In der schulpsychologischen Praxis wird vonseiten der Schulen häufig auf schulrechtliche Aspekte verwiesen, die flexiblen, pragmatischen und individuellen Lösungen für Schülerinnen und Schüler mit psychischen Belastungen oder Erkrankungen entgegenstehen. Aus fachlicher Sicht ist beispielsweise eine klare schulische Tagesstruktur für diese Schülerinnen und Schüler oft eine besonders wichtige stabilisierende und genesungsfördernde Komponente, auch wenn sie das gesamte Unterrichtspensum oder die Leistungserwartungen in der aktuellen Situation noch nicht erfüllen können. Hier wird häufig argumentiert, dass kein schulrechtlicher Spielraum bestehe, und stattdessen auf eine Krankschreibung und eine oft langwierige Therapie verwiesen.

**Schulen für weitere medizinische Professionen wie Ergo- und Physiotherapeutinnen und -therapeuten sowie für Logopädinnen und Logopäden zu öffnen und diese im Sinne eines ganzheitlichen Ganztagskonzepts mitzudenken.**



Aufgrund von Überlastung, mangelnder finanzieller Ausstattung und bürokratischen Hürden ist der Zugang zu (medizinischen) außerschulischen Hilfen wie Lerntherapie, Logopädie oder Psychotherapie für Familien oft schwierig und mühselig. Je nach Wohnort sind die entsprechenden Einrichtungen aufgrund von Fahrtweg und Fahrzeit nicht leicht erreichbar. Dies betrifft insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus bildungsferneren oder sozial schwächeren Familien, bei denen der Bedarf für entsprechende Unterstützungsmaßnahmen jedoch oft besonders dringlich ist und eine frühzeitige Intervention auch die Gefahr sekundärer psychischer Belastungen wesentlich reduzieren kann.

Niedrigschwellige Angebote in Wohnortnähe erleichtern es Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie ihren Familien, sich für entsprechende Maßnahmen zu öffnen und diese regelmäßig wahrzunehmen. Insbesondere an Förderschulen gibt es erfolgreiche Beispiele für Angebote von Logopädie oder Ergotherapie direkt an der Schule. Beispielsweise könnten an Familien- und Grundschulzentren verschiedene Angebote angesiedelt werden. Allerdings müssen auch negative Effekte einer zu großen Nähe zur Schule berücksichtigt werden. Insbesondere Psychotherapie erfordert oft einen geschützten und unabhängigen Raum ohne Stigmatisierung, den Schule häufig nicht gewährleisten kann.

### **Im Rahmen der Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen seelische Gesundheit in den Blick nehmen und niedrigschwellige Beratungsstrukturen und Präventionsangebote an allen Schulen implementieren**

Der Zusammenhang zwischen körperlicher und seelischer Gesundheit ist bekanntlich eng. Immer noch unterliegen psychische Erkrankungen einer deutlich höheren Stigmatisierungsgefahr. Schule als sozialer Entwicklungsraum kann hier einen wichtigen Beitrag zur Entstigmatisierung leisten und dazu beitragen, dass seelisch belastete Schülerinnen und Schüler frühzeitiger Hilfe suchen. Damit aber dann auch Hilfeangebote wahrgenommen werden können, braucht es eine gut ausgebaute Schulsozialarbeit und ausgebildete Beratungslehrkräfte, die Multiplikatoren für Angebote und erste Ansprechpersonen sein können und eine wichtige Lotsenfunktion übernehmen.

### **Die Risiken der digitalen Mediennutzung**

Der unangemessene und übermäßige Gebrauch von sozialen Medien, Online-Gaming etc. spielt im Kontext schulpsychologischer Fragestellungen eine zunehmend bedeutende Rolle. Insbesondere im Zusammenhang mit Konzentrations- und Leistungsproblemen, Angstproblematiken, Stresserleben sowie Schulabsentismus und Mobbing macht sich der negative Einfluss deutlich bemerkbar. Dieses Thema ist eng mit den zuvor genannten Aspekten verbunden und kann im Rahmen der schulischen Prävention als Teil der Förderung von Selbstregulation, Resilienz und psychischer Gesundheit betrachtet werden.

## **Versorgung mit Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten.**

Betroffene Kinder und Jugendlichen benötigen professionelle psychotherapeutische Unterstützung und die Fachkräfte im psychosozialen Unterstützungssystem der Schulen benötigen mehr personelle Ressourcen sowie Fortbildung, Coaching und Supervision, um ihre anspruchsvolle Tätigkeit mit seelisch belasteten und erkrankten Kindern und Jugendlichen weiterhin gesund und professionell ausüben zu können.

Die gravierenden Lücken in der psychotherapeutischen Versorgung und der psychiatrischen Diagnostik, die mit Wartezeiten von bis zu einem Jahr einhergehen, können weder das psychosoziale Unterstützungssystem in der Schule noch die Schulpsychologie kompensieren. Zudem ist in vielen Fällen eine abgeschlossene psychiatrische Diagnostik als Grundlage für die Beratung zu passenden Interventionen sehr sinnvoll. Notwendige Nachteilsausgleiche setzen eine entsprechende Diagnose voraus.

Aus systemischer Sicht mangelt es vielerorts an Psychotherapieangeboten, die das familiäre Umfeld der Betroffenen systematisch einbeziehen wie z.B. die Multifamilientherapie. Auch mangelt es an gruppentherapeutischen Angeboten zur Behandlung von Störungen des Sozialverhaltens.

## **Vernetzung und Strukturen im Sinne eines Case-Managements schaffen**

Eine enge Kooperation der Systeme Schule, Jugendhilfe und Kinder- und Jugendgesundheit (z.B. Psychotherapie, Psychiatrie, Ergotherapie) ist aus schulpsychologischer Sicht unerlässlich. Sie ermöglicht Synergieeffekte auf allen Seiten und vermeidet Doppelstrukturen und kontraproduktives „Gegeneinander-arbeiten“. In einigen Fällen funktioniert die Zusammenarbeit bereits gut, in vielen anderen Fällen ist sie jedoch noch unzureichend und mühsam. Dies ist zum einen auf die Überlastung der einzelnen Systeme zurückzuführen. Zum anderen sind entsprechende und flexible Strukturen für eine enge Kooperation und einen konstruktiven Austausch in den einzelnen Systemen nicht ausreichend implementiert (z.B. Abrechnungsmöglichkeiten von Schulgesprächen oder von Runden Tischen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten oder Psychiaterinnen und Psychiater) oder es bestehen noch Vorbehalte gegenüber der Zusammenarbeit mit den jeweils anderen Systemen. Schließlich erfordert die Zusammenarbeit der einzelnen Systeme auch die Bereitschaft der Familien (z.B. Entbindung der Schweigepflicht). Die Stärkung der Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Kinder- und Jugendgesundheit sollte ein wichtiges gemeinsames Anliegen der Bildungs-, Familien- und Gesundheitsministerien der Länder und des Bundes sein.



Ein gelungenes Beispiel für ein solche Kooperationsprojekt ist das Hamburger Modellprojekt „Drei für Eins“ (<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/schulbehoerde/veroeffentlichungen/pressemeldungen/2020-02-18-bsb-psychische-gesundheit-von-kindern-und-jugendlichen-516658>).

Eine besondere Zielgruppe stellen die jungen Erwachsenen dar. Sie stehen vor vielfältigen Entwicklungsaufgaben, sind anfällig für psychische Belastungen und Erkrankungen und sehen sich oft mit der Erwartung konfrontiert, ihre Probleme als Erwachsene selbst bewältigen zu können. Auch im Hinblick auf Unterstützungssysteme werden sie häufig übersehen. Sie fallen nicht mehr in den Fokus der Jugendhilfe und passen weder in das System der Kinder- und Jugendgesundheit noch in das der Erwachsenen. Hier sind eine verbesserte Kooperation der zuständigen Systeme und spezielle Angebote notwendig, um diese jungen Menschen in dieser sensiblen Übergangsphase zum Erwachsenenalter nicht zu verlieren.

### **Jugendhilfe und Kinderschutz**

Neben der steigenden Anzahl psychischer Erkrankungen spielen in schulpsychologischen Beratungen zunehmend Fragen des Kinderschutzes eine Rolle, und es zeigt sich oft die Notwendigkeit, Jugendhilfemaßnahmen zu initiieren. Die Überlastung der Jugendämter wird an diesen Stellen immer wieder spürbar: Personalfuktuation, Hürden bei der Erreichbarkeit, lange Bearbeitungszeiten für Anträge, etc.. Eltern erleben Frustration, und aus fachlicher Sicht sinnvolle Maßnahmen werden entweder mit erheblich zeitlichem Verzug genehmigt oder ganz abgelehnt. Dies führt zusätzlich häufig zu Konflikten zwischen Schule und Elternhaus.